
General Groener über seine Übereinkunft mit Friedrich Ebert [Ebert-Groener-Pakt], 9. November 1918

Zusammenfassung

Das Ebert-Groener-Bündnis vom 10. November 1918 stabilisierte die junge Weimarer Republik und sicherte sie gegen den sich intensivierenden Druck von "links", sorgte aber gleichsam dafür, dass die Reichswehr niemals völlig in der Republik verwurzelt wurde. Durch die Sonderstellung, die die Reichswehr aufgrund ihrer Autarkie in Weimar einnahm, war sie weitgehend immun gegen jeden republikanischen Einfluss und verharnte im "alten System". Spätestens beim Kapp-Putsch zeigte sich, wie wenig belastbar das "Bündnis" zwischen Armee und Regierung tatsächlich war; interne Loyalitäten zwischen den Soldaten waren auch nach der Verabschiedung der Weimarer Verfassung wichtiger als die Loyalität zur Republik.

Einleitung

Henning Steinhöfel vn nn

Der Kaiser hatte das Reich verlassen, Arbeiter-und-Soldatenräte bildeten sich im ganzen Land, unkontrollierbare Rückkehrerströme von den Fronten füllten die Städte – der November 1918 bedeutete für Deutschland einen weitreichenden Umbruch, durch den viele etablierte Strukturen verschwanden oder zumindest in Frage gestellt wurden. Die "Novemberevolution" beendete das Kaiserreich am 9. November 1918, erstmals in seiner Geschichte war Deutschland eine Republik, die später die Republik von Weimar genannt werden sollte.

Die junge Republik – von Philipp Scheidemann vom Fenster des Reichstages verkündet – stand allerdings zu Beginn nicht allein da. In Konkurrenz zur von der SPD verkündeten Republik rief der reichsweit bekannte Linke Karl Liebknecht eine konkurrierende "Sozialistische Republik" aus und das nur wenige Stunden nach Scheidemann. Zu diesem Zeitpunkt war durchaus nicht klar, welche der beiden Republiken sich durchsetzen würde. Die Arbeiter- und Soldatenräte waren mit deutlicher Mehrheit linkslastig, aber welches der beiden Systeme sie im Einzelnen stützen würden, konnte niemand wirklich ermessen.

Diese unklare Situation sowie das Vakuum, das sich durch das Verschwinden der alten Obrigkeit gebildet hatte, galt es zu füllen, wenn man wollte, dass die eigene Republik sich durchsetzte. Friedrich Ebert – Vorsitzender der SPD – war am 9. November 1918 durch Max von Baden eigenmächtig zum Reichskanzler ernannt worden. Es ist sicherlich Ausdruck der chaotischen, "revolutionären" Vorgänge dieses Tages, dass dieser Machtwechsel ohne Legitimation dennoch allgemein anerkannt wurde; die alte Verfassung existierte nicht mehr, folglich konnte es auch keinen "legalen" Machtwechsel geben. Dass Ebert ab seiner Ernennung de facto der Inhaber der Macht war, ist heute unstrittig; er wusste aber gleichwohl, wie fragil diese Macht aufgrund der Unruhen auf den Straßen war. Aus diesem Grund entschloss sich Ebert, der bereits während des Kaiserreiches im sogenannten "Interfraktionellen Ausschuss" für eine parlamentarische Reform der Verfassung eingetreten war, den

Schulterschluss mit einem der verbleibenden, gleichwohl aber auch einem der mächtigsten Faktoren des "alten Systems" herbeizuführen: mit dem Heer.

Faktischer Oberbefehlshaber des Heeres war seit der Entlassung Erich Ludendorffs am 26. Oktober 1918 der vorherige Generalstabschef der Heeresgruppe von Eichhorn, Wilhelm Groener. Paul von Hindenburg war zwar nach wie vor offiziell Chef der Obersten Heeresleitung (OHL), doch ging – wie schon bei Ludendorff – die operative Leitung des Heeres de facto auf Groener über. Dieser war es auch, der die Regierung Prinz Max von Badens ultimativ aufforderte, Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten einzuleiten, da Groener wusste, dass die Westfront jederzeit kollabieren konnte. Auch Ludendorff hatte diese Befürchtung gehabt (dies führte im September zu dem berühmten "Nervenzusammenbruch"), doch fing sich Ludendorff und entwickelte Pläne für einen "Endkampf" auf dem Land und auf dem Wasser. Der bekannte Auslaufbefehl der Marine vom 24. Oktober gehört zu dieser Strategie der Entscheidungsschlachten; die Flotte in Kiel weigerte sich allerdings bekanntlich, zu der aussichtslosen Seeschlacht gegen die Royal Navy auszulaufen.

Der Ebert-Groener-Pakt datiert vom 10. November 1918, also bereits einen Tag nach der Abdankung des Kaisers und der Ausrufung der Republik. Die Verbindung der beiden Männer ist allerdings – was häufig nicht beachtet wird – etwas älter. Bereits am 6. November 1918 hatte Ebert nämlich Groener gedrängt, den Kaiser zur Abdankung zu bewegen und somit den Weg für eine Verständigung mit den Alliierten frei zu machen. Dies war politisch notwendig, da vor allem der amerikanische Präsident Woodrow Wilson immer wieder betont hatte, dass mit der Regierung des Kaisers kein Frieden geschlossen werden könne; Gespräche mit Deutschland sollten nur erfolgen, wenn das Land umfassend demokratisiert würde. Groener konnte sich zu diesem Schritt aber wohl nicht entschließen, nicht zuletzt, weil er als preußischer General dem Kaiser zur Treue verpflichtet war; dass die Abdankung dennoch drei Tage später erfolgte, ist dem Reichskanzler zu verdanken, der sich zum Handeln entschloss. Dennoch – dass Groener und Ebert bereits am 6. November 1918 in Kontakt über die Ordnung der Verhältnisse nach dem Ende des Kaisertums gesprochen haben, ist eine wichtige Vorausleistung für die Übereinkunft, die letztlich Tage später getroffen wurde.

Am 10. November 1918, an dem auch der neugebildete "Rat der Volksbeauftragten" die Regierung übernahm, kam es zu einem Telefongespräch zwischen Ebert und Groener, in dem der General dem neuen Reichskanzler die Unterstützung des Heeres zusicherte. Man vereinbarte mehrere Maßnahmen in beiderseitigem Einvernehmen: Ziel des Paktes waren die Aufrechterhaltung von Sicherheit und öffentlicher Ordnung einerseits und die Sicherung des Übergangs von Monarchie zur Demokratie andererseits. Gemeinsames Axiom der beiden Männer war hierbei die Abwehr der von Liebknecht und den Spartakisten angestrebten sozialistischen Republik nach sowjetrussischem Vorbild bzw. des "Bolschewismus". Hinsichtlich des Militärs wurde vereinbart, dass die Befehlsgewalt über das Heer bei den Offizieren verblieb, somit hatten die Volksbeauftragten keinen direkten Zugriff auf die Kommandostrukturen; zeitgleich verpflichtete sich der Generalstab in Person Groeners, die Rückführung der Soldaten von den Fronten zu koordinieren und dafür zu sorgen, dass diese in geordneten Bahnen verläuft. Groeners eigene Schilderung des Gesprächs liest sich wie folgt: "[...] am Abend rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, daß das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, daß dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und

sei dafür zum Einsatz bereit. [...] Das Bündnis hat sich bewährt." Groener betont, dass Hindenburg mit dem Zustandekommen des Bündnisses einverstanden, bei der Herbeiführung jedoch nicht involviert war. Auch Hindenburg habe das Bündnis "als einzige Möglichkeit empfunden [...], zu gesunden Verhältnissen zu gelangen."¹ Das "Bündnis" bzw. der Pakt, den die beiden mächtigsten Männer der jungen Republik schlossen, kann in seiner Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden. Eberts Schulterschluss mit dem Heer, das als mächtiger Vertreter der "alten Ordnung" weiterbestand, war eine Grundvoraussetzung für das Überleben der jungen Republik. Nur mit Hilfe des Heeres konnte Ebert garantieren, dass die Revolution nicht weiter an Dynamik gewann und letztlich – unter Führung Liebknechts – ein sozialistisches System eingeführt wurde. Die Zusammenarbeit mit den "alten Eliten" beschränkte sich im Übrigen nicht auf das Militär, sondern Ebert kooperierte auch mit Vertretern der Wirtschaft. Es gab für Ebert und die Volksbeauftragten viele gute Gründe, um nicht völlig mit dem alten System zu brechen, sondern sich vielmehr auf Kenntnisse und Kompetenzen der vorhandenen Personen zu verlassen – es gibt historisch zahlreiche Beispiele, dass Revolutionen kaum gänzlich ohne Inkorporierung der vorhandenen Strukturen funktionieren können. Im konkreten Fall der Novemberrevolution gab es eine Anzahl an Gründen, gerade die Nähe zur OHL zu suchen: Es mussten Millionen Soldaten aus den besetzten Gebieten zurückgeführt und demobilisiert werden, die Waffenstillstandsbedingungen (ab dem 11. November 1918) mussten durchgeführt werden, welche zu einem großen Teil das Heer direkt betrafen; die mit der Armee eng verbundene Kriegswirtschaft musste wieder auf Friedensbetrieb umgestellt werden, was die Unterstützung durch zahlreiche militärische Stellen nötig machte – und nicht zuletzt wurde die Armee natürlich auch gebraucht, die Republik nach innen zu stabilisieren (gegen die Spartakisten), solange es keine sonstigen öffentlichen Ordnungsorgane gab. Wenn man die Unterstützung des Heeres weglässt ist, kaum ein Gedankenspiel möglich, in dem die (Weimarer) Republik ihre "Geburtswehen" überstanden hätte. Doch nicht nur die Führung um Ebert hatte gute Gründe, mit der OHL zusammenzuarbeiten, es gab auch für die Generäle genug Anlass, sich mit den neuen Machthabern zusammenzutun: Zunächst einmal ging es um eine Konsolidierung des Einflusses des Offizierskorps über das Heer, welcher bei einem Erfolg der Spartakisten zweifellos in Gefahr geraten wäre; die vorbehaltlose Garantie Eberts an Groener, dass die Offiziere die Kommandogewalt behalten würden, wird auf Seiten der Armee sicher eine gewichtige Rolle zur Solidarisierung mit der SPD-Regierung gespielt haben. Auch die Verhinderung des Bolschewismus wird nicht nur ein Interesse Eberts gewesen sein, sondern gerade das Offizierskorps – gedanklich tief von preußisch-monarchischen Traditionen geprägt – musste im Bolschewismus eine deutlich größere Gefahr gesehen haben als in einer von der MSPD geprägten Republik. Durch die Unterstützung der handelnden Regierung bekannte sich die Armeeführung implizit auch zu einer Art Reichspatriotismus, der die Loyalität zur Figur des Kaisers ersetzte – aus einer konkreten Loyalität wurde eine abstrakte Treue zum Deutschen Reich an sich, nicht aber zur Republik. So wirkungsvoll der Ebert-Groener-Pakt in der frühen Zeit der Republik zu deren Stabilisierung war, so nachteilig gestalteten sich die langfristigen Folgen. Durch den Pakt wurde eine wirkliche Demokratisierung der Reichswehr unterbunden, da die Reichsregierung es niemals wirklich schaffte, einen direkten Zugriff auf die Armee zu bekommen. Die Reichswehr bildete bis 1933 vielmehr einen "Staat im Staate", der

1 Groener, Wilhelm, Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, hg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957, S. 467f.

sich den demokratischen Strukturen weitgehend entzog. Auch entwickelte das Heer keine wirkliche Treue zur Republik, sondern verharrte gedanklich eher im "alten System". Die Armee bewährte sich zwar als zuverlässiges Schutzelement gegen alle Bedrohungen, die der Republik "von links" drohten (so z.B. während der Weihnachtskämpfe 1918), doch war die Belastbarkeit der Loyalität der Reichswehr zur Regierung auch begrenzt – während des Kapp-Putsches kam es bekanntlich zu der Situation, dass die Reichswehr sich weigerte, gegen die Freikorps vorzugehen ("Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr"). Die MSPD verlor aufgrund ihres Schulterschlusses mit der Reichswehr an Zuspruch bei den Arbeitern, die sich vermehrt der USPD zuwandten, nachdem diese aufgrund der gewaltsamen Niederschlagung der Weihnachtskämpfe aus dem Rat der Volksbeauftragten austrat. Obschon das Ebert-Groener-Bündnis nur dem Inhalt nach bekannt ist und als mündliche Verabredung nicht schriftlich kodifiziert wurde, so ist es doch aufgrund von Aussagen Groeners im "Dolchstoßprozess" von 1924 bekannt geworden. Während dieses Prozesses, bei dem es um die Verleumdung der SPD (und Eberts) ging, bescheinigte Groener der SPD eine "staatserhaltende Zusammenarbeit" mit der Heeresleitung und beteiligte sich somit nicht an der Verbreitung der Dolchstoßlegende.

Quellen- und Literaturhinweise

Büttner, U., Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.

Groener, W., Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, hg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Göttingen 1957.

Hornung, K., Alternativen zu Hitler. Wilhelm Groener – Soldat und Politiker in der Weimarer Republik, Graz u.a. 2008.

Hürten, H., Zwischen Revolution und Kapp-Putsch. Militär und Innenpolitik 1918-1920, Düsseldorf 1977.

Rakenius, G., Wilhelm Groener als Erster Generalquartiermeister. Die Politik der Obersten Heeresleitung 1918/19, Boppard am Rhein 1977.

Winkler, H. A., Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993.

Winkler, H. A., Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933, Bonn 2002.

[Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen:]

[...]

So wie sich aber in Wirklichkeit die Dinge im November gestaltet hatten, war eine Änderung der Lage durch das Heer nicht mehr herbeizuführen. Wenn nach dem Kriege Stimmen laut wurden, die meinten, das Heer hätte sich noch Monate, sei es in der – nicht ausgebauten – Antwerpen-Maas-Stellung, sei es weiter rückwärts, halten können, so muß ich das als einen Wunschtraum bezeichnen. Es blieb uns keine Wahl: am 11. wurde in Compiègne unterzeichnet, mittags 11,55 Uhr trat Waffenruhe ein.

Die Aufgabe der Heeresleitung mußte es jetzt sein, den Rest des Heeres rechtzeitig und in Ordnung, aber vor allem innerlich gesund in die Heimat zu bringen und dem Offizierskorps als dem Träger des Wehrgedankens einen Weg in die neuen Verhältnisse zu ermöglichen. Die seit Jahrhunderten im preußisch-deutschen Offizierskorps angesammelte moralisch-geistige Kraft mußte in ihrem Kern für die Wehrmacht der Zukunft erhalten werden. Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und Ausrichtepunkt. Es mußte

ihm ein Ziel gewiesen werden, das des Einsatzes wert war und ihm die innere Sicherheit wiedergab. Es mußte das Gefühl wachgerufen werden der Verpflichtung nicht nur gegenüber einer bestimmten Staatsform, sondern für Deutschland schlechthin. Daß Hindenburg auf seinem Posten blieb und den Oberbefehl über das gesamte Heer übernahm, ja daß dieser ihm vom Kaiser übertragen worden war, machte den Übergang möglich und erleichterte ihn.

Das Offizierskorps konnte aber nur mit einer Regierung zusammengehen, die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm. Dazu war Ebert bereit, aber er hielt sich nur mühsam am Steuer und war nahe daran, von den Unabhängigen und der Liebknechtgruppe über den Haufen gerannt zu werden. Was war demnach näherliegend, als Ebert, den ich als anständigen, zuverlässigen Charakter und unter der Schar seiner Parteigenossen als den staatspolitisch weitsichtigsten Kopf kennengelernt hatte, die Unterstützung des Heeres und des Offizierskorps anzubieten?

Am 10. November weilte Friedrich Naumann, von einer Frontfahrt zurückkommend, im Gr.H.Qu. Ihm habe ich von diesem Gedanken gesprochen, der seine Zustimmung fand, und ihn gebeten, nach seiner Heimkehr auf Ebert in diesem Sinne einzuwirken. Im Laufe des Tages erkannte ich aber, daß ich so lange nicht warten dürfe; am Abend rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, daß das Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, daß dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit. Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.

Für den Schritt des 10. November habe ich allein die Verantwortung zu übernehmen, Hindenburg wußte nichts von ihm, billigte ihn aber, nachdem ich die innerpolitische Lage in der Heimat eingehend mit ihm besprochen hatte. Ich glaube, daß auch er das Bündnis der Offiziere mit Ebert als die einzige Möglichkeit empfunden hat, zu gesunden Verhältnissen zu gelangen; selbst die Initiative zu ergreifen, war nicht seine Art. Er hat auch bei den weiteren Entscheidungen, die die Zeit forderte, wenig aktiv teilgenommen. Er wußte über alle Schritte Bescheid - und wartete ab, wie sich die Dinge entwickelten.

[...]

Hier nach: Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen. Jugend-Generalstab-Weltkrieg, hg. v. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertingen, Göttingen 1957, S. 467-468.

Quelle: http://1000dok.digitale-sammlungen.de/dok_0239_gro.pdf

Datum: 22. Juli 2018 um 23:02:25 Uhr CEST.

© BSB München
